



DER FREIHEITSKÄMPFER

Organ der Kämpfer für Österreichs Freiheit

39. JAHRGANG

MÄRZ 1987

NUMMER 1

Regierungsmitverantwortung – Sanieren und Erneuern

Die ÖVP trägt nach fast 17 Jahren wieder Regierungsverantwortung auf Bundesebene – als gleichberechtigter Partner der SPÖ bei der notwendigen Sanierung und Erneuerung Österreichs. Der Bundesparteiobmann Dr. Alois Mock ruft die ÖVP auf, sich anzustrengen: einerseits bei der Erfüllung des Arbeitsübereinkommens der neuen Koalition und des immensen Regierungsprogramms: „Österreich zuerst – jetzt an die Arbeit“, und andererseits, als große politische Partei, bei der Entwicklung ihrer langfristigen Ziele und Visionen: „Wir müssen vorausdenken, an unserem eigenen, unverwechselbaren politischen Profil arbeiten.“ Hierzu einige Kernstellen aus einer Rede Alois Mocks vor ÖVP-Mandataren: „Wir haben hart verhandelt und ein Ergebnis erzielt, das eine tragfähige Basis für eine tiefreichende Sanierungs- und Erneuerungspartnerschaft darstellt – und das auch zeigt, daß es ohne die ÖVP in Österreich nicht mehr weitergegangen wäre. Die Sozialisten sind ja nicht aus Liebe in diese Partnerschaft eingetreten, sondern weil sie erkannt haben, sie können den alten Weg nicht mehr weitergehen.“

„Wir stehen, was die Chancen des politischen Durchsetzens betrifft, stärker da als vor der Wahl. Es wird sicher nicht leicht sein. Aber trotz der großen Sanierungsprobleme werden wir mit Optimismus, Geschlossenheit, Selbstbewußtsein, Leistungsbeußtsein und sozialer Solidarität an die Arbeit gehen.“

„Wenn wir nur die Hälfte von dem leisteten, was die 45er-Generation geleistet hat, dann werden wir auch mit den Problemen der achtziger und begin-

nenden neunziger Jahre fertig werden. Nur – wir müssen es sein, die den frischen Wind in die Politik bringen, wenn auch andere noch so schimpfen mögen. Wir müssen sicherstellen, daß das Steuer herumgedreht wird, gemeinsam mit unseren Partnern in der Regierung; die sehr wohl auch davon reden, es müssen jetzt neue Wege beschritten werden.“

„Ich möchte nicht anstehen, die Gespräche- und Kompromißbereitschaft unseres Regierungspartners zu betonen. Aber ich werde auch nicht vergessen, daß von ihm dort der stärkste Widerstand geleistet wurde, wo es um die gesellschaftspolitischen Neuerungen ging. Die ÖVP wird das nächste Mal stärker werden müssen, um hier weitere Fortschritte sicherstellen zu können.“

„Die ÖVP darf sich nicht allein mit dem zufrieden geben, was in diesem Übereinkommen steht, ich werde als Parteiohmann immer bemüht sein, daß die gesamte Partei die Verwirklichung dieses Übereinkommens unterstützt – das ist selbstverständlich. Aber eine große politische Partei kann nicht nur der verlängerte Arm einer Koalitionsregierung sein. Eine große politische Partei ist auch eine politische Bewegung, die langfristig die Richtung weist, die Ziele vorgibt, die eine eigene Vision von der Entwicklung unserer Gesellschaft vertritt.“

Die wichtigsten Punkte des vereinbarten Arbeitsübereinkommens der neuen Koalition SPÖ-ÖVP sind: Verringerung des Budgetdefizits vorerst für 1987 um 10 Prozent, Stärkung der Wirtschaft (Verstaatlichte, ÖBB-Konzept, Landwirtschaftsneuordnungen),

Sicherheit und Lebensqualität (Pensionsysteme, Umweltschutz, Familienpolitik), Steuerentkennung und -reform, Wahlrecht, mehr Föderalismus und Demokratiereform.

Die qualifizierte Mehrheit der Mandatare der Koalitionspartner im Parlament wird sicher die verfassungsmäßigen und einfachgesetzlichen Voraussetzungen für das sehr umfangreiche und schwierige Regierungsprogramm schaffen, wobei auch die bewährte Sozialpartnerschaft im Begutachtungsverfahren die Interessen ihrer Körperschaften und Verbände weitmöglichst vertreten und wahren wird. Das ÖVP-Team in der Koalitionsregierung weist wohl nur zwei Minister mit eigener Erfahrung in der Bundesregierung auf, doch auch die anderen sechs Regierungsmitglieder des ÖVP-Teams sind geeignet und willens, im Rahmen ihres Ressorts die Regierungsmitverantwortung nach bestem Wissen und Gewissen zu tragen. Der Erfolg wird sich erst zeigen!

- J W -

Franz Hauf

Mensch, wohin?

Schon der gesunde Menschenverstand und nicht zuletzt das logische Denken sollte es uns ermöglichen, daß in allen wirtschaftlichen und politischen Bereichen unseres Landes ein UMDENKEN notwendig wäre, um eine WENDE zur Realität herbeizuführen. Unrealistische Meinungen, utopische Vorstellungen und Forderungen sollten ad absurdum geführt werden, weil sie zur Verunsicherung unserer Bevölkerung zwangsweise führen müßten. Diese Verunsicherung kann leicht zur Politikverdrossenheit ausarten, die dann bei Wahlen zu einem negativen

Fortsetzung auf Seite 3

Opferfürsorge

Monatliche Versorgungsleistungen und Einkommensgrenzen ab 1. Jänner 1987

1. OPFER

Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE)	Opferrente § 11 Abs. 2	Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE)	Opferrente § 11 Abs. 2
30 v. H.	819,-	70 v. H.	2.458,-
40 v. H.	1.229,-	80 v. H.	3.278,-
50 v. H.	1.639,-	90 und	
60 v. H.	2.049,-	100 v. H.	4.097,-

Haftzulage: § 11 Abs. 2 Z. 2, mit 65. Lbj. zusätzlich zur Rente: S 383,-

Alterszulage: § 11 Abs. 2 KOVG: S 168,-

Hilfeszulage: § 11 Abs. 1, bei mind. 50 v. H. MdE: S 2.139,-

Erschwerniszulage - § 11 Abs. 3 KOVG - bei Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE):

ab vollendetem	50 v. H. S	60 v. H. S	70 v. H. S	80 v. H. S	90/100 v. H. S
65. Lebensjahr	183,-	306,-	370,-	492,-	614,-
70. Lebensjahr	371,-	613,-	695,-	819,-	983,-
75. Lebensjahr	676,-	921,-	1.025,-	1.147,-	1.271,-
80. Lebensjahr	983,-	1.231,-	1.353,-	1.476,-	1.599,-

Unterhaltsrente für Opfer: - § 11 Abs. 5, auch Maßbetrag und Einkommensgrenze: für Alleinstehende S 7.329,-, für Verheiratete bzw. mit Lebensgefährten und für in/visu sorgend S 9.227,-.

Erhöhung der Einkommensgrenze bzw. des Maßbetrages für Teil-Unterhaltsrente für jedes Kind, für das ein Erziehungsbetrag gebührt: um S 325,-.

Die nach dem Kriegsofopferversorgungsgesetz (KOVG) teilweise zuerkannt weiteren Versorgungslösungen - **Schwerbeschädigtenzulage** gemäß § 11a Abs. 4, **Pflege- und Blindenzulage** gemäß § 18 Abs. 4 und 5 und **Blindenführzulage** gemäß § 20 KOVG - sind ebenfalls mit dem **Anpassungsfaktor 1,038** um 3,8 % höher.

2. HINTERBLIEBENE

Hinterbliebenenrente für Witwe, Witwer, Waisen, Elternteile und Lebensgefährten: § 11 Abs. 3

..... S 1.639,-

Elternpaarrente: S 2.163,-

Unterhaltsrente - § 11 Abs. 5 u.

Beihilfen - § 11 Abs. 7: S 6.441,-

Einkommensgrenze/Meßbetrag

für U-Rente S 6.441,-

Einkommensgrenze/Meßbetrag

für Beihilfe S 7.534,-

Erhöhung beider Einkommensgrenzen

je waisenrentenberechtigtes

Kind um S 519,-

3. SONSTIGE LEISTUNGEN

Hilfeszulage - § 11 Abs. 12 -

einfach S 2.434,-

doppelt S 4.868,-

Diätzuschuß - §§ 14 und 48b KOVG -

niedrigste Stufe S 254,-

mittlere Stufe S 514,-

höchste Stufe S 769,-

Sterbegeld - § 12a -

Höchstmaß S 9.556,-

mindestens S 5.730,-

annehmer höchst. S 3.626,-

Anpassungsfaktor: 1,038 bzw. 1,042

Die Erhöhungen betragen allgemein

gegenüber dem Vorjahr 3,8 %, für die

vollen U-Renten und Beihilfen jedoch

4,2 %!

Ausgleichstaxfonds (ATF-OF)

des Sozialministeriums

Ab 1. 1. 1987 gelten folgende Einkommensgrenzen und Leistungen:

Einkommensgrenzen

1. für einmalige Aushilfen:

Einzelpersonen S 9.227,-

Ehepaare (Lebensgef.) S 13.840,-

Erhöhung je Kind S 3.075,-

2. für übersetzungsmäßige Leistungen

aus der Heilfürsorge gemäß § 12

Abs. 4 OFG:

Einzelpersonen S 14.658,-

Ehepaare (Lebensgef.) S 18.454,-

Erhöhung je Kind S 3.075,-

3. für einmalige Aushilfe wegen Spitalsaufenthaltes S 2.500,-
Hierfür besteht seit 1. 1. 1986 keine Einkommensgrenze! Diese Aushilfe für nachgewiesenen Spitalsaufenthalt von mindestens 15 Tagen Dauer wird nur einmal im Jahr gewährt.

Zuschuß für Kur- bzw. Erholungsaufenthalt:

pro Tag höchstens S 244,-

Zuschuß für Zahnkronen:

je Einheit S 1.221,-

Anträge um Darlehen:

Hierfür gelten wieder eigene Einkommensgrenzen:

Einzelpersonen S 12.000,-

Ehepaare S 18.000,-

Erhöhung je Kind S 4.000,-

Bestattungskostenbeiträge

im Härteausgleich

können auf Antrag gewährt werden.

Bemerkung:

Von allen Anträgen auf Leistungen aus dem ATF-OF, die mit auflegenden Vordrucken an das Bundesministerium für soziale Verwaltung zu richten sind, empfiehlt sich die Einsendung einer Abschrift an die Bundesleitung der ÖVP-K!

Steuerfreibeträge für Behinderte

Mit dem Abgabenänderungsgesetz 1986 wurden die Freibeträge für Behinderte gemäß § 106 Abs. 3 Einkommensteuergesetz mit Wirksamkeit ab 1. 1. 1987 erhöht.

Es wird jährlich gewährt ein Freibetrag bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von

von S

25 bis ausschl. 35 v. H. 996,-

35 bis ausschl. 45 v. H. 1.332,-

45 bis ausschl. 55 v. H. 3.324,-

55 bis ausschl. 65 v. H. 4.020,-

65 bis ausschl. 75 v. H. 4.992,-

75 bis ausschl. 85 v. H. 5.964,-

85 bis ausschl. 95 v. H. 6.960,-

95 bis einschl. 100 v. H. 9.984,-

bei Bezug von Pflege- oder Blindenzulage (Pflege- oder Blindengeld, Pflege oder Blindenbeihilfe) oder Hilfloszuschuß (Hilflosenzulage) 16.632,-

Diese Freibeträge sind von Lohnsteuerpflichtigen mit der Vorlage der Lohnsteuerkarte beim zuständigen Finanzamt zu beantragen, vom Einkommensteuerpflichtigen in der Jahreserklärung geltend zu machen.

Der steuerliche Freibetrag für Inhaber einer Amtsbescheinigung oder eines Oplerausweises gemäß § 105 Einkommensteuergesetz blieb unverändert. Er beträgt jährlich S 10.920,- bzw. monatlich S 910,-. Dieser Freibetrag wird auch neben dem Invalidenfreibetrag gemäß § 106 gewährt.

August LOVREK in „EUROPA“ – Unabhängige Monatszeitschrift Nr. 12/Dezember 1986: Vergangenheitbewältigung für alle

Österreich und der Nationalsozialismus

Für manche scheint es der politischen Weisheit letzter Schluß zu sein, Österreich als „Naziland“, das immer schon dem Pangermanismus huldigte und starke antisemitische Neigungen zeigte, zu bezeichnen. Folgerichtig hätte es sich daher seit 1945 um die Bewältigung dieser Vergangenheit zu drücken gesucht.

Niemand wird leugnen, daß ein Teil der Österreicher 1938 dem Nazismus verfallen war. Die Ursache war die äußerst triebige wirtschaftliche Lage und die daraus entstandene Not der Bevölkerung. Viele hatten sich auch nicht mit dem, was CLEMENCEAU am Ende der „Friedensverhandlungen“ gering-schätztig als „der Rest ist Österreich“ bezeichnet hatte, abgefunden. Es ist eine Bestätigung dieser Haltung, wenn man heute darauf hinweisen kann, daß

CHURCHILL später einbekannte, man hätte das alte Österreich nicht zerstören dürfen. . . .

Der wirtschaftliche Scheinanstieg des Dritten Reichs verblendete in den dreißiger Jahren die Österreicher. Auch andere Länder waren von HITLERS Fata Morgana tief beeindruckt. Das ist keine Beschönigung, sondern historische Tatsache. Ebenso ist es aber auch Tatsache, daß Österreich seit der Machtübernahme 1933 gegen den Nationalsozialismus kämpfte und während dieses Ringens sein Kanzler DOLLFUSS unter unmenschlichen Begleiterscheinungen – seine Mörder verwehrt ihm sogar den priesterlichen Beistand – sein Leben lassen mußte.

Objektive Geschichtsforscher haben auch längst darauf hingewiesen, wäre es im März 1938 zu der von SCHUSCHNIGG aufgerufenen Volksabstimmung

gekommen, so hätte es für den Nationalsozialismus eine vernichtende Niederlage gegeben. Deshalb mußte ja der „Führer“ den Einmarsch seiner Truppen überfallartig organisieren, und daß er ihn als „Operation Otto“ firmierte, zeigte deutlich, wie genau man in Berlin wußte, wo das nicht gering zu schätzen gewesene Lager der Verteidiger der österreichischen Selbständigkeit mehrheitlich stand. Dazu muß wahrheitsgetreu vermerkt werden, daß außer den traditionsbewußten, heimatstreuen Österreichern und den Legatisten auch die wenigen, aber tapferen Kommunisten es waren, die damals unbeirrt die rot-weiß-rote Fahne hochhielten.

Jenen, die so etwas wie eine „Österreich-Hatz“ betreiben, sei es in Erinnerung gerufen: Quislinge hat es fast überall gegeben! Wir wollen uns die Aufzählung ersparen, obwohl sie kein Akt der Reinwaschung für Österreich, sondern eine ganz primitive Übung in unverfälschter Geschichtsbeachtung wäre. Und der Antisemitismus ist keine österreichische „Spezialität“, sondern weltweit vorzufinden. Dies hat erst unlängst ein unverdächtiger Zeitzeuge, der amerikanische Botschafter in Wien, LAUDER, festgestellt.

Systematische Geschichtsfälschung nach 1945

Will man der Wahrheit entsprechen, dann muß man bedauerlicherweise auf etwas verweisen, was allzu oft verschwiegen wird. Die Hetze gegen Österreich hat, gewollt oder ungewollt sei dahingestellt, neben der vorerst unklaren Haltung der Kirche, eine ihrer vielen Wurzeln in der aus dem sozialistischen Lager kommenden Geschichtsvormelung, die aber keineswegs von allen Sozialdemokraten geteilt wird. Es ist geradezu erschreckend, wie da Dinge behauptet und kolportiert werden, denen nicht die geringste historische Wahrheit eignet. So ist es sicher falsch zu behaupten, die Mehrheit der Sozialisten Österreichs wäre es gewesen, die sich dem Anschluß an das Dritte Reich entgegen-gestellt hätte.

Wäre dem so, dann hätte Dr. RENNER nicht 1938 sein beschämendes „Ich stimme mit Ja“ gesagt, das nichts als die logische Folge dessen ist, daß er zu den Friedensverhandlungen nach dem Ersten Weltkrieg mit dem Versprechen, Österreich an Deutschland anzuschließen, gefahren war. Man kann auch bei Dr. SCHÄRF, Mitbauer des

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 2:

ven Ergebnis für die wahlwerbenden Parteien kommen muß. Die Gesetze und Reformen aus der Ära Maria Theresias entsprechen nicht mehr unserem heutigen Zeitgeist, sie wären daher zu novellieren oder abzudändern.

Dies gilt besonders dem Justizwesen, dem Umweltschutz und im besonderen der Wirtschaft und der bislang geführten Politik. Die neuen im Parlament vertretenen Parteien plädieren zwar für Maßnahmen zum Schutz des Waldes, sie setzen sich für die Luft- und Wassereinhaltnung und anderer guter Dinge ein, doch scheitern viele Pläne an der Finanzierungsmöglichkeit. Alle diese guten und ernstzunehmenden Vorschläge und Gutachten wurden schon vor vielen Jahren in verschiedenen Regierungen besprochen und aktenkundig behandelt. Wir müssen daher erkennen, daß allein die Regierung und die im Parlament vertretenen Parteien nicht imstande sind, das seit vielen Jahren anstehende Problem des Umweltschutzes in den Griff zu bekommen. Man spricht und debattiert stundenlang über divergierende Meinungen, im Endeffekt kommt nicht viel oder gar nichts heraus.

Unser heimischer Wald, der vor und nach der Jahrhundertwende in jeder Beziehung gesund war, kann nicht von heute auf morgen reaktiviert werden, auch nicht durch den Einsatz eines Katalysators. Das Katalysatorauto kann erst in späteren Jahren zeigen, inwiefern es zur Verbesserung der Umwelt beigetragen hat. Die Schadstoffe, die

unsere Umwelt belasten, kommen nicht allein vom Auto, sondern vielmehr von den Abgasen der Industrie und nicht zuletzt vom Hausbrand. Alle zusammen bewirken eine Beschleunigung des Waldsterbens und tragen zur Luftverschmutzung wesentlich bei.

Auch bei der Wasserverunreinigung ist es ähnlich! Solange Gift- und giftstoffähnliche Chemikalien bewußt oder fahrlässig in die Gewässer abgeleitet werden, können wir vom sauberen Wasser nur träumen.

Auch hier wären Maßnahmen (Gesetzesänderungen) notwendig, um eine Vergewaltigung der Natur henzuzuhalten.

Es bedarf des Einsatzes der Bevölkerung, um wilde Mülldeponien aufzuzeigen oder selbst Hand anzulegen und kleinere Verschandlungen unserer Natur beseitigt zu schaffen.

Es wird Jahre, wenn nicht Jahrzehnte dauern, bis wir durch Lernprozesse erkennen werden, was uns bei der Anwendung technischer Hilfsmittel zur Bekämpfung der Umweltschäden genützt oder geschadet hat.

Mensch, wohin gehst du? Ohne zu schauen, wo der Weg hinführt; er führt ins Verderben, ins Inferno. Hilf selbst mit, wir sind auf deine Hilfe angewiesen! Geh' selbst mit gutem Beispiel voran, und wirf keine Autoschrotts, alte Waschmaschinen etc. irgendwo in ein verstecktes Seitental weg, in der Meinung, es hätte dich ohnehin niemand gesehen.

Wer sich als Naturfreund bezeichnet, muß sich auch als solcher benehmen.

Fortsetzung von Seite 3:

Staatsvertrags 1955 und später Bundespräsident, nachlesen, daß er erst spät während des Naziregimes an das Wiedererstehen Österreichs als selbstständiger Staat zu denken wagte. Es ist auch bezeichnend, daß schon in den frühen dreißiger Jahren im linken Lager die Parole „Lieber HITLER als HABSBURG“ recht wohlgerollt aufgenommen worden ist. Erst vor dem Einmarsch HITLERS in Österreich haben patriotische Sozialdemokraten ins Lager der Österreichverteidiger gefunden. Ihre Haltung bleibt unvergessen. Dafür gebührt ihnen Respekt und Dank, denn sie waren von einem Geist beseelt, der heute wider zur Mangelware zu werden scheint: Das Staatswohl vor das der Parteien und der Ideologien zu stellen.

Weiters ist festzuhalten: Es zeugt keineswegs von historischer Kenntnis, wenn man hört, Österreich sei seit jeher so etwas wie eine Hochburg des Antisemitismus gewesen, Juden wären schon vor 1938 verfolgt worden. Hier sei vor allem daran erinnert, welche hohe gesellschaftliche Stellung viele jüdische Familien im alten Österreich und in der Ersten Republik inne hatten. Die österreichischen Juden, weichen Standes auch immer, waren gleichberechtigte Staatsbürger. Daß es gelegentlich Reibereien gegeben hat, sei nicht geleugnet oder auch nur verschwiegen. Diese hat es aber gleichermaßen unter den verschiedenen Nationen, Rassen und Glaubensgemeinschaften der alten Donaumonarchie gegeben. Pogrome wie in Rußland waren in Österreich völlig unbekannt.

Man erinnere sich ferner daran, wie viele Juden nach 1933 aus dem Reich in die Alpenrepublik emigrierten und hier unter DOLLFUSS und SCHUSCHNIGG, jenen Regierungschefs in Europa, die sich offen gegen den Nationalsozialismus stellten, eine neue Heimat fanden. Übergriffe gegen Juden waren in dieser Zeit vorgekommen, aber sie waren nur zu oft gepaart, und in der Minderheit gegenüber solchen gegen österreichische Patrioten und Unabhängigkeitskämpfer, da die Nationalsozialisten in ihnen allen jene sahen, die sich gegen das von HITLER versprochene „nationale Heil“ stellten.

Die verschwiegene Mitverantwortung der Großmächte

Diese Heilsgläubigkeit wurde mit der Auslöschung des Namens Österreich, mit Krieg und Untergang bestraft. Und jene abertausende Österreicher, die in den Kerkern und Konzentrationslagern schmachteten, sowie die vielen, die

hingerichtet oder gemeuchelt wurden, sie alle waren von jenen verlassen und verraten worden, deren Nachfahren sich heute als Richter aufspielen. Als einer von jenen, die jahrelang die Konzentrationslager und Kerker HITLERS als österreichischer „Insasse“ kennengelernt hat, fühlt sich der Autor zu der Feststellung berechtigt, es würde diesen Besseres wissen eine ganz andere Rolle zustehen: Gewissensforschung – um nicht Trauerarbeit zu sagen – darüber anzustellen, warum gegen den Einmarsch HITLERS 1938 in Österreich seitens der damaligen Mächte keine Maßnahmen getroffen wurden, die seine Wahnideen zunichte gemacht hätten, die seine im höchsten Maß verdammenswerten Greuelthaten gegen Juden und Nichtjuden verhindern hätten können. Denn nur deshalb, weil Österreich damals von den Mächten, die es unsicher hätten tun können, im Stich gelassen wurde, konnte im weiteren Verlauf der unheilvollen Geschehnisse, wie eines davon zum Beispiel die Münchner Konferenz im September 1938 gewesen ist, der „Führer“ ganz Europa unterjochen.

Zur Zeit dieser Konferenz waren die Untaten gegen Juden, die Verfolgung von Nazigeignen und das ganze nazistische Terrorregime in seinen verschiedensten Variationen nicht unbekannt. Trotzdem saßen die damaligen Staatsmänner mit HITLER an einem Tisch, paktierten mit ihm und vermeinten, auf diese Weise Frieden zu stiften. Kein Wort der Verdammnis über die Unmenschlichkeit des Regimes, das den Anspruch auf tausendjährige Dauer erhob, war zu hören. Es werden auch die Geschichtsforscher kommender Zeiten noch den Nachweis zu erbringen haben, daß so manche Fühlungnahme aus den Kreisen des deutschen Widerstandes vor und während des Kriegs vom Ausland zuwenig oder überhaupt nicht ernst genommen wurde, wodurch das Unheil erst jene Ausmaße annehmen konnte, das schließlich für alle zum totalen Unglück führte. So ist beispielsweise der 20. Juli 1944 ein Ereignis, dessen objektive Aufrufbefehle bis zur letzten internationalen Vergangenheitsbewältigung noch viel Zeit beanspruchen wird.

Von der „Vergangenheitsbewältigung“ zur Zukunftsbewältigung

Spricht man von der „Vergangenheitsbewältigung“, dann dürfen derartige Tatsachen nicht vergessen werden! Genauso wenig, wie es Faktum ist, daß Hunderttausende in den Krieg gezwungen wurden, nicht nur in Österreich, Sie, die dem „Führer“ gehorchen mußten und jene, die ihm aus fehlgeleiteter Treue folgten, haben sich letz-

tens für ihre Familien und die Heimat geopfert. Dieses Verhalten kann nur dann als Mitschuld bezeichnet werden, wenn nicht der Druck und die Stimmung, die auch in manchen anderen von HITLER besetzten Staaten herrschten, begriffen wird. . . .

Daß Österreich während des Kriegs und nachher als von HITLER unterjochter Staat seitens der Alliierten anerkannt wurde, ist von so mancher Seite beklieft worden. Diesen Kritikern fehlt jede wirklichkeitsnahe Schau der Ereignisse, die nicht nur in der Erkenntnis der Alliierten liegt, daß dieses Land, das sich durch Jahre heroisch gegen HITLER wehrte, überfallen und zur „Ostmark“ umgetauft worden war. Es muß auch das Phänomen in Betracht gezogen werden, daß Österreich seine Individualität nicht aus dem Pergamonismus, sondern aus der übernationalen Tradition des alten Österreich-Ungarn, aus dem durch Jahrhundertlang vorgelebten Paneuropäismus des Vielvölkerreiches der Habsburger an der Donau bezogen hat und auch weiterhin bezieht. Darum ist es wiedererstanden! Auch das kann man Vergangenheitsbewältigung nennen. . . . so recht nach dem Bekenntnis Hugo von HOFFMANNSTHALS: „Wer sagt Österreich, der sagt ja: tausendjähriges Ringen um Europa, tausendjährige Sendung durch Europa, tausendjähriger Glaube an Europa“. Und die Behauptung Franz Theodor CSOKORS: „Wenn dieses Österreich einmal aufhört zu sein, dann kommt in die Welt niemals Friede“ weist den Weg von der Vergangenheitsbewältigung zur Zukunftsbewältigung!



Ein gutes Zeichen für persönliches Service



die Bank für Sie

ÖSTERREICHISCHE GELDBANK

Erste Republik –

Demokratiekrisen 1927–1934

Historiker, Politologen und Publizisten befassten sich seit Jahren sehr intensiv mit Untersuchungen über die Ursachen des vergifteten politischen Klimas in der Ersten Republik und auch über die Zurechenbarkeit der Schuld am Scheitern der noch jungen und ungestützten parlamentarischen Demokratie in Österreich. Emotionsgeladene Äußerungen alt gewordener Spitzenpolitiker über die blutigen Kämpfe im Februar 1934 reißten schlecht vernarbte Wunden bei damaligen Aktivisten auf, und die jüngeren Generationen stellten berechtigt Fragen darüber. Eine vergleichbare Situation hinsichtlich Kulturkampf, fanatisierter Massen und bewaffneter Parteienarmeen kann heute in einer wirtschaftlich viel stabileren Epoche nur schwerlich behauptet werden und solche Krisenzeiten sollen auch nie wieder unter Bürgern eines gesunden pluralistischen Gemeinwesens herbeigeschworen werden! Ein Rückblick auf verlässliche Quellen über diese Zeit ist daher sehr nützlich.

Die junge Republik Österreich hatte von 1918 bis 1925 ihr Staatsgebiet und ihre Grenzen zu sichern, ihre wirtschaftliche Lage zu festigen und die Währungsreform durchzuführen gehabt, eine hohe Arbeitslosigkeit und viel Elend in Familien bereiteten Besorgnis, weil die Mittel zur Verbesserung der sozialen Lage fehlten. Verantwortungsbewusste Spitzenpolitiker des bürgerlichen Lagers (Christlich-Soziale, Konservative, Legitimisten, Landbund und Großdeutsche) einerseits und des sozialdemokratischen Lagers andererseits fanden hin und wieder Kompromißbildungen, die aber oft erst von der Entente und vom Völkerbund gebilligt werden mußten. In parteipolitischer Hinsicht wollten die Spitzenfunktionäre des bürgerlichen Lagers den „**Revolutionsschutz**“ auf legalen und administrativem Weg beseitigen, was für die Republikaner aufreizend klang. Radikale Parteigänger beider großen Lager bereiteten den Konsenspolitikern beträchtliche Schwierigkeiten und heizten in Krisensituationen, vor allem im Kulturkampf zwischen Freidenkern und „**Klerikalen**“ die Stimmung an. Richtige große Parteiformationen hatten sogar einvernehmlich aus Militärdépôts der Monarchie Waffenarsenale zur Verfügung und machten ihre Machtansprüche in Demonstrationen und Aufmärschen geltend, wobei es wiederholt zu blutigen Zusammenstößen und Überfällen kam.

Das von Otto BAUER im Herbst 1926 in Linz erstellte sozialdemokratische Parteiprogramm ist das klassische Dokument des Austromarxismus, der eine marxistische Gesellschaftsordnung nach den Spielregeln der parlamentarischen Demokratie auf verfassungsmäßigem Weg erreichen und durchsetzen will. Es enthält zwei Passagen in defensiver Bedeutung, die vom Bürgertum als eine Gewaltandrohung aufgefaßt wurden oder Sozialisten einen Vorwand für radikale Töne lieferten.

Die „**Bürgerkriegspassage**“ lautete: „Wenn es aber trotz allen diesen Anstrengungen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei einer Gegenrevolution der Bourgeoisie gelänge, die Demokratie zu sprengen, dann könnte die Arbeiterklasse die Staatsmacht nur noch im Bürgerkrieg erobern.“

Die „**Diktaturpassage**“ lautete: „Wenn sich aber die Bourgeoisie gegen die gesellschaftliche Umwälzung, die die Aufgabe der Staatsmacht der Arbeiterklasse sein wird, durch planmäßige Unterbindung des Wirtschaftslebens, durch gewaltsame Auflehnung, durch Verschwörung mit ausländischen gegenrevolutionären Mächten widersetzen sollte, dann wird die Arbeiterklasse gezwungen, den Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur zu brechen.“ Die Christlich-Sozialen antworteten darauf mit einem neuen Parteiprogramm, und die Positionen für künftige parteipolitische Konflikte zeichneten sich deutlich ab. Als bei einem Zusammenstoß von Frontkämpfern mit Schutzbündern im burgenländischen Schattendorf am 30. Jänner 1927 ein Invalide und ein Kind durch Schüsse von Frontkämpfern ums Leben kamen, verschlechterte sich das politische Klima noch mehr. Im Geschworenengericht in Wien vom 5. bis 14. Juli darauf wurden die geständigen Frontkämpfer überraschend auch von der Notwehrüberschreitung freigesprochen.

Ein Artikel in der „Arbeiter-Zeitung“ am nächsten Tag sowie Empörung über diesen Freispruch lösten einen großen Demonstrationszug von Arbeitern auf der Ringstraße aus. Der Justizpalast als Symbol der Gerichtsbarkeit wurde in der Folge in Brand gesteckt, alle MäBigungsversuche an Ort und Stelle durch die sozialistischen Bürgermeister Karl SEITZ und andere Funktionäre mitläufigen. Polizei und Bundesheer schlugen die Unruhen nieder, wonach bei den Demonstranten 81 Tote und 253 Verwundete und bei der Exekutive

519 Tote und 519 Verwundete gezählt wurden.

Als im Parlament der Schießbefehl für die Polizei durch den Polizeipräsidenten ohne Wissen des für die Sicherheit zuständigen Bürgermeisters und Landeshauptmanns von Wien heftig kritisiert wurde und von der Bundesregierung eine Amnestie für die verfolgten und inhaftierten Demonstranten gefordert worden war, gab Bundeskanzler Prälat Dr. Ignaz SEIPPEL folgende Erklärung ab: „Verlangen Sie nichts vom Parlament und der Regierung, das den Opfern und den Schuldigen in den Unglückstagen gegenüber milde erscheint, aber grausam wäre gegenüber der verwundeten Republik.“ Der „**Prälat ohne Milde**“ wurde zum Hauptobjekt der Sozialisten.

Die militanten rechtsgerichteten Heimwehren und Heimatschutzverbände gingen, nach dem Vorbild des **italienischen Fascho** unter Mussolini und mit dessen finanzieller Unterstützung, zu größerer Aktivität über. Der Kampf um die Straße in Rivallität mit dem sozialistischen Republikanischen Schutzbund begann jetzt. Ein Heimwehraufmarsch 1928 in Wiener Neustadt und eine örtliche Gegenkundgebung des Schutzbundes konnten von der staatlichen Exekutive aneinander vorbeigeleitet werden, und ein Zusammenstoß wurde damit vermieden. Der Einfluß der Heimwehren auf die Regierung wuchs ständig, und ihre Unterstützung war der Regierung auch erwünscht. Eine angestrebte Verfassungsänderung 1929 im Sinn der Herzhornen mit der Stärkung der Exekutive kam nicht zustande. Die keineswegs homogen gewachsene Heimwehrebewegung in den Bundesländern wies einen christlich-sozialen Flügel neben einem großdeutschnationalistischen auf, danach aber antiparlamentarische und antimarxistische Tendenzen gemeinsam waren.

Im unklar überlieferten „**Korneuburger Eid**“ der Heimwehren vom 18. Mai 1930 fand der Austrofaschismus als gemeinsame Ideologie seine deutliche Ausprägung: „Wir verwerfen den westlichen demokratischen Parlamentarismus und Parteienstaat! Wir wollen an seine Stelle die Selbsterwaltung der Stände setzen!“ Diese Programmierung und Neuorientierung stieß bei Christlich-Sozialen und Großdeutschen und selbst bei Heimwehrfunktionären auf Widerstand. Am 13. September 1931 konnte ein Putschversuch der steirischen Heimwehren unter PFIRMER bald niedergeschlagen werden, und Ernst Rüdiger STARHEMBERG übernahm kurz darauf die Funktion des Bundesführers der Heimwehren.

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

Die Bildung einer Koalitionsregierung innerhalb des zersplitterten bürgerlichen Lagers nach dem Rücktritt von VAUGOIN 1931 mißlingt SEIPEL, und auch sein Koalitionsangebot an die mandatsärztlichen Sozialdemokraten blieb ohne Erfolg. Die nachfolgende Regierung BÜRESCH kam auch nicht weiter, die verschiedenen Landtagswahlen brachten der bislang unbedeutenden NSDAP-Hitlerbewegung einen Stimmenzuwachs, und die Zusammenfassung des 1930 gewählten Nationalrats entsprach nicht mehr den politischen Gegebenheiten. Der Antrag der Sozialdemokraten auf Auflösung des Nationalrats und um Ausschreibung von Neuwahlen, unterstützt von den Großdeutschen und dem Heimatblock (christlich-sozialer Heimwehren), erhielt nicht die Zustimmung der Christlich-Sozialen aus Angst vor Neuwahlen. DOLLFUSS gelang schließlich die Bildung einer Mehrheitsregierung, mit bloß einer einzigen Stimme Mehrheit. Das Parlament ratifizierte die Lausanner Anehe und unterband damit erneut die Anschlussintention an Deutschland.

Am 4. März 1933 im Parlament führten Differenzen über die Stimmenzählung bei einer Abstimmung zum Rücktritt aller drei Präsidenten des Nationalrats, die Regierung bezeichnete dies als „**Selbstausschaltung**“ des gesetzgebenden Organs und ließ auch nicht das Zusammenretten des Nationalrats am 15. März zu, einberufen durch den dritten Präsidenten. Der Bundespräsident machte von seinem verfassungsmäßigen Recht auf Auflösung des arbeitsunfähigen Nationalrats keinen Gebrauch, das die Ausschreibung von Neuwahlen zur Folge gehabt hätte. Die Regierung DOLLFUSS wollte die Zustimmung der Sozialdemokraten für Verfassungsbestimmungen auf berufständischer Grundlage erreichen und übernahm vorerst nur vorläufig die gesetzgebende Funktion durch die Bundesregierung auf Grund des noch geltenden „Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes“ aus der Monarchie. Der Republikanische Schutzbund wurde von der Regierung am 30. März 1933 verboten und aufgelöst. Nach einem blutigen Handgranatenüberfall auf christliche Turner bei Krems wurde die NSDAP am 19. Juni 1933 verboten. Die Intensität der Maßnahmen der Regierung nach links und rechts war auffallend ungleich. Eine Erklärung hierfür konnte nur in der inzwischen erfolgten Machtübernahme der NSDAP im Deutschen Reich gefunden werden.

Der Parteitag der Christlich-Sozialen Partei vom 6. und 7. Mai 1933 forderte schon den Einbau von berufständ-

lichen Körperschaften in die Verfassung, mit einem Gesetzgebungsrecht in Wirtschaftsangelegenheiten. Die Machtübernahme durch Adolf HITLER in Deutschland, das Drängen von MUSSOLINI zur Härte gegen die Sozialisten, ein Rom-Besuch von Bundeskanzler DOLLFUSS, Heimwehraufmärsche in ganz Österreich, aufkommende Konservative und Monarchisten, und auch das päpstliche Sozialrundscheiben „Quadragesimo Anno“ von 1931 bewirkten eine grundlegende Kursänderung der Regierung. DOLLFUSS verkündete am 19. Mai 1933 in den Wiener Sofiensälen: „Wir werden die neue Verfassung auf neue Grundlagen aufbauen.“ Er distanzierte sich bereits am nächsten Tag von der Christlich-Sozialen Partei und gründete am 20. Mai 1933 die „**Vaterländische Front**“ (VF) als gedachte Volksbewegung statt der politischen Parteien.

Am 11. September 1933, auf dem Wiener Trabrennplatz, verkündete DOLLFUSS bereits die Grundzüge einer völlig neuen Verfassung: ein sozialer, christlicher, deutscher Bundesstaat Österreich, auf ständischer Grundlage und mit starker autoritärer Führung. Der opponierende Parteichef der Christlich-Sozialen, VAUGOIN, wurde am 20. September 1933 einfach ausgebootet, und bei einer Regierungsumbildung traten Heimwehrfunktionäre an Stelle der Landbündler. Als autoritäre Maßnahmen hatte die Bundesregierung inzwischen schon verfügt: Ausschaltung des Verfassungsgerichtshofs, Verbot von Landtagswahlen, Pressenzensur, Versammlungs- und Demonstrationsverbot und Aufhebung des Streikrechts. Im Jänner 1934 war der italienische Unterstaatssekretär SUVICH in Wien und drängte die Regierung zu Aktionen gegen die Sozialdemokratie, als eine Gegenleistung für den Schutz durch MUSSOLINI gegenüber HITLER und die Ansprüche der Nationalsozialisten selbst in Österreich. Der christliche Arbeiterführer und Wiener Gemeinderat Leopold KUNSCHAK, ein Konsenspolitiker, warnte am 9. Februar 1934 öffentlich vor dem Kurs des Bundeskanzlers und forderte eindringlich auf, es nicht zu einem totalen Bruch kommen zu lassen: „Gebe Gott, daß sich die Zerissenheit des Geistes und der Seele von unserem Volke und seinen Führern bald hebe, ehe Volk und Land an Gräben steht und weint.“ Die Heimwehren hielten am 11. Februar 1934 eine Großkundgebung in Langenzersdorf nördlich von Wien ab, und Major Emil FEY kündigte dort an: „Wir werden morgen an die Arbeit gehen und ganze Arbeit leisten für unser Vaterland.“ Eine blutige und unruhliche

Auseinandersetzung der beiden großen Lager war unausbleiblich geworden.

Am 12. Februar 1934 führte die Polizei eine Waffensuche im Linzer Arbeiterheim, dem früheren „Hotel Schiff“, durch und wurde mit Maschinengewehrfeuer und Handgranaten vorerst abgewehrt. Erst Verstärkung durch Bundesheer und Heimwehren gelang die Hausbesetzung und Niederrückung des bewaffneten Widerstandes durch Schutzbündler unter dem Kommando von BERNASCHKE. Ein Aufbruch zum Generalstreik und Aufstände von Schutzbündlern in österreichischen Industriegebieten folgten. Besonders Wiener Gemeindebauten erwiesen sich als strategisch angelegte Bürgerkriegfestungen im Neben Zweck zum sozialen Wohnbau, in denen sich der Schutzbund verbarmkadierte und wichtige Punkte der Stadt einsehen konnte. Erst mit Artillerieeinsatz eroberten Bundesheer, Polizei und Schutzkorps diese Bastionen bis zum 15. Februar. Den massiven Waffeneinsatz auf beiden Seiten verdeutlichen die Verluste: Die Exekutive verzeichnete 128 Tote und 409 Verwundete, der Schutzbund nach offiziellen Angaben 137 Tote und 409 Verwundete, standrechtlich wurden noch acht Todesurteile vollstreckt. Es waren zweifelhaft vermeidbare Blutopfer von österreichischen Bürgern!

Die Auflösung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und die Vermögensziehung folgten am 16. Februar 1934. Die Sozialdemokraten gingen in den Untergrund oder emigrierten, viele wurden in die Anhaltelager eingeliefert. Die Sozialdemokratie in Österreich war vom öffentlichen Leben ausgeschaltet. Kurz darauf, am 17. März 1934, wurden die „**Römischen Protokolle**“ zwischen Italien, Ungarn und Österreich unterzeichnet, die die staatliche Unabhängigkeit Österreichs gegenüber Hitlerdeutschland mit dem Anhang innerhalb Österreichs sichern sollte und auch der Machtpolitik von MUSSOLINI im Donauraum diene.

Am 1. Mai 1934 proklamierte die Regierung den „**Ständestaat**“ und setzte mit einer Verordnung die „**Maiverfassung 1934**“ in Kraft. Österreich war nun in drei unversöhnliche Lager gespalten. Die Nationalsozialisten drängten aber immer mehr in die Institutionen des Ständestaates ein, und die NS-Machtübernahme mit der Hilfe von außen her am 11. März 1938 führte das tragische Ende des innenpolitischen Konflikts mit drastischen Folgen für die beiden demokratischen Lager und Bürger Österreichs herbei. Infolge der offensichtlichen Fehlleistungen von Politikern der Ersten Republik, der versäumten und auch mög-

Gedenken an Franz Jägerstätter

Der Bauer und Mesner aus St. Radegund im Bezirk Braunau/Österreich, Franz JÄGERSTÄTTER, starb im 37. Lebensjahr am 9. August 1943 in Berlin durch das Fallbeil der Nazi-Schergen, da er als überzeugter Gegner des Nationalsozialismus den Dienst und den Führer-Eid in der Deutschen Wehrmacht beharrlich und standhaft verweigerte. Am 20. Mai 1987 hätte er seinen 80. Geburtstag gehabt, an diesem Tag werden viele dieses österreichischen Widerstandskämpfers und katholischen Märtyrers mit seinen Hinterbliebenen und Nachkommen gedenken. Geplante Veranstaltungen durch Rüstungsgegner und besonders durch „linkslastige“ Friedensgruppen im Raum Linz sollen aber Franz JÄGERSTÄTTER nicht als ihren Vorläufer darstellen und damit entstellen!

Er ist am 20. März 1907 in St. Radegund/Innviertel geboren. Er war noch ein Kind, als sein natürlicher Vater Franz BACHINGER als Soldat 1915 an der russischen Front fiel. Seine Mutter heiratete später den Bauern JÄGERSTÄTTER vulgo „Lehrbauer“, der den kleinen Franz adoptierte. Der junge JÄGERSTÄTTER heiratete 1936, und die Hochzeitsreise ging nach Rom, wo das jungvermählte Paar in einer öffentlichen Audienz den päpstlichen Segen

lungenen Versuche einer gedehnten Zusammenarbeit und der Intoleranz zueinander konnte nun die jetzige ernsthafte Geschichtsforschung wirklich nur auf eine **gemeinsame oder geteilte Schuld** unbestimmbarer Relation von Sozialisten und dem Regierungslager schließen, daß die Demokratie in Österreich eine solche Krise von 1927 bis 1934 zeigte und zu blutigen Bürgerkriegen und Straßenkämpfen führte.

Die überwiegende Mehrheit der Politiker der beiden großen Lager, die sich damals so feindlich gegenüberstehend hatten, zum schweren Schaden für die Demokratie, hatte dies bald nach der NS-Machtübernahme in der Verfolgung erkannt und sich im „Geist der Lagerstraße“ versöhnt. Durch den Schaden und das erlittene Leid befehlt führten sie nach 1945 gemeinsam die Wiedereinrichtung der freien, unabhängigen und demokratischen Republik Österreich und den so erfolgreichen Wiederaufbau des Staates durch! Die Lehren aus dieser unruhlichen politischen Krisenzeit sollen auch weiterhin beachtet werden, um solche oder ähnliche Zustände nicht mehr herbeizuführen! Niemals vergessen!

- Dr. Josef Windisch -

erhielt. Für Franz war dies der entscheidende Augenblick für seine ausgeprägte Frömmigkeit, auch durch die starke Religiosität seiner Ehefrau sehr unterstützt. Franz übernahm zu seiner Landwirtschaft später auch die Stelle eines Mesners in seiner Heimatpfarre, wo er sich besonders an Pfarrer KAROBATH angeschlossen und sich mit ihm betreuendete.

Nach der Besetzung Österreichs durch die Hitlertruppen im März 1938 und der nachfolgenden „Volksabstimmung“ am 10. April war JÄGERSTÄTTER der einzige im Ort gegen den „Anschluß“ und hatte auch dagegen gestimmt. Dieser Tag war wohl der dunkelste in seinem bisherigen Leben. Er mußte mit ansehen, wie seine Landsleute freiwillig vor den Nationalsozialisten kapitulierten und mußte sogar Zeuge sein, wie der „Anschluß“ von hohen Würdenträgern der katholischen Kirche gebilligt und in Aufrufen unterstützt wurde.

Er war aus seiner religiösen Überzeugung ein entschiedener Gegner des Nationalsozialismus, und er erklärte auch öffentlich, er würde für HITLER, den Antichrist, niemals kämpfen. Hitlers Krieg hielt er für ungerecht, bei dem man nicht mitwirken dürfe. 1940 mußte er nach Enns einrücken, kam aber nach wenigen Tagen wieder heim, da er dem „Nährstand“ zugehörig und eingestuft war. 1941 mußte er ein zweites Mal dorthin einrücken. Da er als Soldat in die Kirche ging, wurde er schikaniert und verspottet. Abermals konnte er freikommen, da er allein den Hof bewirtschaftete. Er erklärte hierauf, daß er niemals wieder einrücken werde.

Seine Freunde, insbesondere Pfarrer KAROBATH (selbst zwei Monate von den Nazis eingesperrt) und dann bezirksverwesenen (gewesen), redeten auf ihn ein, dieses Vorhaben ja aufzugeben. Vor dem Erhalt eines neuerlichen Einrückungsbefehles ging er nun zu seinem Bischof Dr. FLIESSER, um von diesem einen Rat zu erbitten. Jedoch konnten dessen Ermahnungen ihn von seinem Entschluß - nicht an einem

ungerechten Krieg mitzuwirken - keinesfalls abbringen.

Als er Ende Februar 1943 nun doch wieder einrücken sollte, befolgte er den schriftlichen Befehl nicht. Erst mit Gendarmenbegleitung konnte er in die Garnison Enns gebracht werden. Dort verweigerte er standhaft den Dienst in der Nazi-Wehrmacht. Nun wurde er verhaftet und in das Divisionsgericht in Linz eingeliefert. Am 4. Mai 1943 wurde JÄGERSTÄTTER nach Berlin-Tagel überstellt. Am 6. Juni 1943 fand der Prozeß vor dem Reichskriegsgericht wegen Wehrkraftzersetzung statt und endete mit dem Todesurteil.

Kurz vor seinem Opfertod schrieb er in seinem letzten Brief an seine Frau unter anderem: „Möge Gott mein Leben hinnehmen als Sühneopfer nicht bloß für meine Sünden, sondern auch für andere...“ Am 9. August 1943 wurde er in Brandenburg enthauptet, und damit endete das Leben eines Märtyrers und österreichischen Patrioten. Sein Leib wurde verbrannt, die Asche wurde von Freunden aufbewahrt und am 9. August 1946 - somit drei Jahre nach seinem Opfertod - die Urne im Beisein der ganzen Pfarrgemeinde feierlich beigesetzt. Nun ruht Franz JÄGERSTÄTTER, was an ihm sterblich war, im Gottesacker von St. Radegund, und Freunde setzten ihm ein würdiges Grabdenkmal.

Im Buch von Gordon C. Zahn, „Er folgte seinem Gewissen - Das einsame Zeugnis des Franz Jägerstätter“, Verlag Styria Graz - Wien - Köln, stehen eingangs die Zeilen: „Dieses Buch ist dem Gedenken Franz Jägerstätters und allen jenen in Ehrfurcht gewidmet, die, wie er, allein standen und ‚nein‘ sagten - von denen so viele untergegangen sind und von der Geschichte vergessen wurden, zumindest von der Geschichte, die Menschen behaftet und Menschen geschrieben haben.“

Wir, die überlebenden Kämpfer für Österreichs Freiheit und seine Leidensgefährten, blicken in stolzer Bewunderung auf die Größe dieses standhaften Christen und treuen Österreicher, den wir niemals vergessen werden.

Ing. Karl SERSCHEN, Linz

Gedenken an Kaplan DDr. Heinrich Maier

Die katholische Pfarre Gersthof in Wien-Währing gibt zum ehrenden Gedenken an ihren ehemaligen Kaplan DDr. Heinrich MAIER, der vom nationalsozialistischen Terrorregime am 22. März 1945 hingerichtet wurde, anlässlich seines 42. Todestages eine Dokumentation in Form einer Gedenk-

schrift heraus, die den Titel „Gersthof-Auferstehung“ trägt und als Kreuzweg dargestellt wird.

Die Vorstellung dieser Dokumentation erfolgt am 20. März 1987 um 11 Uhr, nach einer Gedenkfeier in der ehemaligen Hinrichtungsstätte des Landesga-

Fortsetzung auf Seite 8

Widerstandsgruppe Maier-Messner-Caldonazzi

Im Rot-Weiß-Rot-Buch, Wien 1946, wird das Urteil des Volksgerichtshofes, 5. Senat, gegen DDr. Heinrich Maier und andere wegen Vorbereitung zum Hochverrat auf Grund der Hauptverhandlung vom 27. und 28. Oktober

1944 wiedergegeben. Auszugswiese hat es geklaut:

Im Namen des deutschen Volkes! In der Strafsache gegen

1. den Kaplan Dr. phil. Dr. theol. Heinrich Maier aus Wien XVIII, geboren am 16. Februar 1908 in Groß-Weikersdorf,

2. den Fabriksdirektor Dr. Theodor L. aus Wien XXI, geboren am 1. April 1880 in Wien,

3. den Revieroberwachmeister der Schutzpolizei Andreas Hofer aus Wien XIX, geboren am 24. August 1915 in Innsbruck,

4. den Forstingenieur Dipl.-Ing. Walter CaldonaZZi aus Wien XVIII, geboren am 4. Juni 1916 in Mallen, Tirol,

5. den Sanitätsgehilfen, früheren Mediziner Josef WYHNAL aus Wien I, geboren am 22. Februar 1903 in Wien,

6. den Oberschützen, früheren cand. Dipl.-Ing. Hermann KLEPELL aus Wien XVIII, geboren am 19. Juni 1918 in Wien,

7. den Obergefreiten, früheren Studenten Dr. phil. Wilhelm RITSCH aus Wien VII, geboren am 15. Februar 1915 in Breg (Triest),

8. den Rechtsanwaltsanwärter Dr. Karl F. aus Wien IV, geboren am 18. September in Dornbirn,

9. den Generaldirektor Dr. Franz Josef Messner aus Wien XVIII, geboren am 8. Dezember 1896 in Brixlegg,

10. den Gerichtsassessor, jetzt Unteroffizier Dr. iur. Clemens von Pausinger aus Wien VII, geboren am 5. Juli 1908 in Esterrogat, Bretagne, sämtliche Angeklagte in Schutzhaft, hat der Volksgerichtshof für Recht erkannt:

I. Die Angeklagten haben in den Alpen- und Donaugauen, vornehmlich in Wien, sowie teilweise im Auslande in den Jahren 1942 bis 1944 durch Beteiligung an einem separatistischen Zusammenschluß den Hochverrat vorbereitet und dadurch die Feinde unseres Reiches begünstigt. Dabei haben Ritsch und Pausinger auch staatsfeindliche Flugblätter hergestellt. Maier und Messner haben auch Verbindungen zum feindlichen Ausland aufgenommen und dieses auf deutsche Rüstungswerke zum Zwecke des Luftbombardements hingewiesen. Der Angeklagte WYHNAL hat Angehörigen der Wehrmacht und Schutzpolizei Mittel verschafft oder bei ihnen angewendet, um diese wenigstens zeitweise für den Kriegseinsatz untauglich zu machen.

WYHNAL, Klepell, Hofer und Ritsch haben versucht, französischen Kriegsgefangenen beziehungsweise einem

deutschen Soldaten zur Flucht über die Reichsgrenze ins Ausland zu verhelfen.

L. hat dem Angeklagten Maier zu dessen hochverräterischen Umtrieben Hilfe geleistet.

II. Daß F. in Kenntnis von den hochverräterischen Zielen des Mitangeklagten Ritsch diesem eine Schreibmaschine zur Verfügung gestellt hat, konnte nicht ausreichend nachgewiesen werden. Er wird deshalb freigesprochen.

III. Es werden verurteilt: Die Angeklagten Maier, Hofer, CaldonaZZi, WYHNAL, Klepell, Ritsch, Messner und Pausinger **zum Tode** und zum Ehrenrechtsverlust auf Lebenszeit, der Angeklagte L. zu zehn Jahren Zuchthaus und Ehrenrechtsverlust auf die gleiche Zeitdauer.

Der Kaplan DDr. Heinrich Maier wurde am 22. März 1945 im Wiener Landesgericht hingerichtet, der Polizist Andreas HOFER zu Anfang des Jahres 1945, der Forstingenieur Dipl.-Ing. Walter CaldonaZZi am 9. Jänner 1945 im Wiener Landesgericht, der Student Josef WYHNAL am 22. März 1945 in Wien, der cand. techn. Hermann Klepell ebenfalls am 22. März 1945 in Wien, der cand. phil. Wilhelm Ritsch Anfang 1945, der Sempert-Generalkorrespondent Dr. Franz Josef Messner am 23. April 1945 im KZ Mauthausen, und Dr. Clemens von Pausinger überlebte die NS-Herrschaft einige Jahre.

Der junge katholische Geistliche und CVer, Kaplan DDr. Heinrich Maier, hat vor dem Kriege wiederholt Westeuropa bereist und vor allem in der Schweiz und in Frankreich Freunde gehabt. Schon im Frühjahr 1940 tritt er mit der NS-Opposition in deutschen Gewerkschaftskreisen in Verbindung. Er ist von der Aufgabe beseelt, als Geistlicher seinem Volk vorzuleben und erwägt die Möglichkeiten eines politischen Umsturzes in Hitlerdeutschland. Seit 1943 arbeitet er mit dem Forstingenieur Dipl.-Ing. Walter CaldonaZZi intensiv zusammen, der selbst eine etwa 200 Personen umfassende katholisch-monarchistische Gruppe im Untergrund leitet. Über den cand. techn. Hermann Klepell gelingt eine Verbindung zu sozialistischen Kreisen. Diese Österreicher haben schon frühzeitig einen Beitrag zu Österreichs Befreiung geleistet und haben Freiheit und Leben riskiert und geopfert! Auch diesen NS-Opfern soll im Gedenkjahr 1945 eine nachträgliche Ehrung zuteil werden!

Fortsetzung von Seite 7:

richtes, Wien 8, Landesgerichtsstraße 11, Der Reinerlös aus dem Verkauf dieser Dokumentation wird für die Errichtung einer Gedenktafel in Gersthof verwendet.

Dr. phil. und Dr. theol. Heinrich MAIER (16. 2. 1908, Großweikersdorf/NO, geb.) organisierte und leitete von 1942 bis 1944 eine Widerstandsgruppe mit Kontakten zu Berliner und ausländischen Gegnern des NS-Regimes. Zur Vermeidung von weiteren Bombardierungen von Wohnvierteln ließ er den Westmächten auch Informationen über Standorte von Rüstungswerken zukommen.

Am 22. März 1944 wurde DDr. MAIER in der Sakristei der Gersthofener Pfarrkirche von der Gestapo festgenommen und inhaftiert. Der NS-Volksgerichtshof aus Berlin verurteilte ihn und sieben Mitläufer, darunter Dipl.-Ing. Walter CALDONAZZI, am 28. Oktober 1944 zum Tode. Zu ergänzenden Verhören über weitere Mitschuldige und illegale Organisationen wurde DDr. MAIER vom Strafgericht der anfordernden Gestapo übergeben, die ihn vom 21. November 1944 bis Anfang Jänner 1945 im Arrestblock des KZ Mauthausen verwahrte und auch peinigte. Am 22. März 1945, dem letzten Hinrichtungstermin des NS-Regimes in Wien, wurde er mit 20 anderen Verurteilten im Landesgericht mit dem Fallbeil hingerichtet. Er starb gefaßt und heroisch mit den Ausrufen: „Es lebe Christus, der König! Es lebe Österreich!“ Die Hingerichteten waren nachts in der Gruppe 40 a des Wiener Zentralfriedhofes in Slikon verscharrt. Nach der Befehls im Herbst 1945 wurden auch die Leichname der Justifizierten DDr. MAIER, Ing. KLEPELL und Dr. WYHNAL exhumiert und gemeinsam auf dem Friedhof in Neustift am Walde/Wien beigesetzt.

Das „Mauthausen-Fenster“ in der Wiener Votivkirche zeigt einen Geistlichen beim verbotenen Beichtören neben der Todesleiste im Steinbruch. Als der Priester ist DDr. Heinrich MAIER nach einem beige gestellten Foto von seinem Freund, dem damaligen Propstplaner Dr. Anton M. Pichler zu erkennen. Auch der ÖCV ehrt DDr. Heinrich MAIER als eines seiner Blütpfler aus der Nibelungia-Wien.

ÖCV im NS-Widerstand

Die „Österreichische Lagergemeinschaft Mauthausen“ und der „Österreichische Cartellverband der katholischen Studentenverbindungen“ (ÖCV) hielten am Montag, 15. Dezember 1986, im Raffenerhaus Wien gemeinsam eine Festveranstaltung ab. Der ÖCV-Präsident Mag. Gerald SCHEIDL konnte den Nuntius und zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens begrüßen.

Besonders auffallend waren die vielen Teilnehmer aus dem ÖCV in Couleur, denen für die Verdienste um die Befreiung Österreichs von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft das Befreiungs-Ehrenzeichen verliehen worden war. Stellvertretend für die ehemals politisch Verfolgten und Widerstandskämpfer wurden der Wiener Abgeordnete und Gemeinderat a. D. Dr. Ferdinand HABL und Dr. Josef WINDISCH begrüßt und geehrt.

Eine Ansprache zum Thema „Wozu gedenken?“ hielt Wolfgang J. BAN-
DION, dem der Festvortrag von Univ.-Prof. Dr. Maximilian LIEBMANN mit dem Thema „Religiös motivierter Widerstand gegen das NS-Regime“ folgte. Der bekannte Wissenschaftler schilderte besonders ausführlich den Widerstand und Leidensweg von folgen-

den Mitgliedern des ÖCV, die im Freiheitskampf für Österreich ihr Leben opferten und hingerichtet wurden: Dipl.-Ing. Walter CALDONAZZI, DDr. Heinrich MAIER, DDDr. Johannes Cap. PIELLER und Pater Franz REINISCH. Alle erwiesen sich auch in der Todesstunde ungebrochen als Katholiken und Patrioten.

Der Obmann der Lagergemeinschaft Mauthausen, Abg. und Gem.-Rat a. D. Dr. Ludwig SOSWINSKI, überreichte dann als Ehrengeschenk an den ÖCV eine Graphik über das Los von Kriegsgefangenen. Er betonte besonders seine Erfahrungen als KZ-Häftling sieben Jahre lang in fünf Lagern, daß die Verfolgten im Ständestaat und die von ihnen Verfolgten sozialistischer Gesinnung gemeinsam Opfer und Häftlinge des NS-Terrorregimes ab März 1938 wurden und im Geist der Lagerstraße zusammenliefen.

Mit der Bundeshymne schloß der offizielle Teil dieser Festveranstaltung, untermalt mit musikalischen Darbietungen eines Quartetts. Beim anschließenden Empfang mit Büfett zeigten sich die Teilnehmer noch sehr beeindruckt und tauschten ihre reichen Erinnerungen und Erfahrungen über die NS-Zeit und den Wiederauf-

bau Österreichs aus. Die Aufarbeitung dieser Epochen der noch nahen Vergangenheit wird durch diese Festveranstaltung und durch diese verlässlichen Zeugen der Zeit in den Verbindungen des ÖCV sicher noch intensiv fortgeführt werden.

-JW-

Aurather Kreis

Weihnachtsfeier 1986

Überlebende und Hinterbliebene von Freiheitskämpfern und NS-Opfern der „Österreichischen Freiheitsbewegung – Gruppe KASTELIC, LEDERER und SCHOLZ“ trafen einander zur diesjährigen Weihnachtsfeier am Samstag, dem 20. Dez. 1986, um 19 Uhr, im Dellreggenstübel des Batzenhäusek, Wien 1, Dr.-Karl-Lueger-Ring 12.

Nach dem Austausch von Erinnerungen und regen Gesprächen über die innenpolitische Lage wurde die Weihnachtsfeier abgehalten. Kam. Dr. Norbert KASTELIC verlas das Lukas-Evangelium, in einem gemeinsamen Gebet wurde der Toten der NS-Zeit und der später Verstorbenen gedacht. Mit dem Lied „Stille Nacht“ endete die offizielle Feierstunde.

Für die Teilnehmer war diese Veranstaltung eine wertvolle und anregende Besinnung.

-JW-

DIE KAMMER FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE FÜR VORARLBERG

ist die gesetzliche Interessenvertretung
für mehr als 100.000 Arbeitnehmer.

- Sie vertritt deren Belange in Fragen der Sozialpolitik, der Wirtschaftspolitik und der Kulturpolitik. Sie stellt Beisitzer für das Arbeitsgericht und das Schiedsgericht der Sozialversicherung. Sie entsendet Vertreter in zahlreiche Körperschaften, wie die Vorarlberger Gebietskrankenkasse, den Landesschulrat und Beiräte der Landesregierung.
- Sie berät und interveniert in Fragen des Arbeitsrechtes, der Sozialversicherung, des Lehrlings- und Jugendschutzes sowie in Konsumentenangelegenheiten.
- Sie bietet der gesamten Bevölkerung kulturelle Einrichtungen an: Abendkurse, Bibliotheken, verbilligte Eintrittskarten für Theatervorstellungen und Förderunterricht für Besucher des Abendgymnasiums für Berufstätige.
- Sie vergibt Wohnbaudarlehen, Stipendien und Lehrausbildungsbeihilfen; für langjährig tätige Arbeitnehmer und Jugendliche organisiert sie kostenlose Erholungsaufenthalte.



DIE INTERESSEN DER ARBEITNEHMER VERTRETEN
UND DAS GEMEINSAME IM AUGE BEHALTEN

**Kammer für Arbeiter und Angestellte
für Vorarlberg**

Ö. W. I. P. – Publikation:

Englands verdrängte Geschichte

Der Informations- und Pressedienst der Österreichischen Widerstandsbewegung (Ö.W.I.P.) veröffentlichte im Heft Nr. 1/1987 – Dokumente zur Zeitgeschichte – eine Abhandlung mit dem Titel „Englands verdrängte Geschichte“. Aus britischen Quellen wird darin untersucht, wie weit ein namhafter britische Politiker und einflussreiche Geldleute schon dem Aufstieg der Hitlerbewegung lang vor der Machtübernahme in Deutschland ihr Interesse und Wohlwollen bekundeten und massive Unterstützung zuteil werden ließen. Die Politik Englands gegenüber Hitler hat auch Österreichs Vergangenheit ihren Stempel aufgedrückt und soll daher auch nach Möglichkeit im gegenwärtigen Prozeß der Aufarbeitung der zeitgeschichtlichen Ereignisse und Umstände einbezogen werden. Im Kapitel „Staatsmännische Logik“ wird die Deklaration zum Abschluß der Moskauer Konferenz der drei Großmächte am 30. Oktober 1943 mit der Klausel der „Mitverantwortung“ Österreichs am Knege zitiert und dazu bemerkt: „Die alliierten Staatsmänner konnten ein begründetes Interesse haben, von der eigenen Mitverantwortung an der Auslöschung Österreichs im Jahre 1938 abzulenken. Die Dankbarkeit, die man als Österreicher für die unter immensen Blutopfern der Alliierten erlangten Befreiung empfindet, darf nämlich nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Politik der alliierten Mächte in der Zwischenkriegszeit ihr gerüttelt Maß an Mitschuld am Untergang Österreichs gehabt hatte.“ Im Kapitel „Der britische Deutschlandglaube“ werden bisher vernachlässigte und zum Teil absichtlich verschleierte Beweggründe und Aspekte aufgezeigt. „Prodeutsche Töne aus dem demokratischen England entsprangen nicht (sic!) jener Einstellung, die unter der englischen Bezeichnung „appeasement“ auch in den deutschen Wortschatz Eingang gefunden haben. Dieser Begriff bedeutet soviel wie Beschwichtigung... Englische Zustimmung für Nazideutschland wurzelt nicht zuletzt in einem Gefühl der Fälsche. Man beschuldigte sich, den Versailler Friedensvertrag mit Deutschland zu sehr unter dem Druck Frankreichs abgeschlossen zu haben. Die Zustimmung reichte von freundlichen Äußerungen im allgemeinen bis zu speziellem Beifall für den „Führer“. Im Kapitel „Besonders nützliche Idioten“ wird der liberale englische Politiker Lloyd George hervorgehoben, der 1934 im Unterhaus verkündete: „In sehr kurzer Zeit, vielleicht in ein oder

zwei Jahren, werden die konservativen Elemente dieses Landes in Deutschland das europäische Bollwerk gegen den Kommunismus sehen.“ Als ebenso tüchtiger „Hitlerpropagandist“ wird auch der berühmte T. E. Lawrence of Arabia bezeichnet, der in Hitler damals den einzigen Pazifisten Europas gesehen haben soll.

Sehr bedeutsam für die österreichische Geschichtsforschung ist die zitierte telegrafische „Antwort“ von Lord Halifax, als Schuschnigg am 11. März 1938 in der großen Bedrängnis über den britischen Gesandten in Wien um Rat bat: „Die Regierung Seiner Majestät kann die Verantwortung nicht übernehmen, dem Bundeskanzler zu raten, einen Kurs einzuschlagen, der sein Land Gefahren aussetzen könnte, gegen welche die Regierung Seiner Majestät Schutz zu gewähren außerstande ist.“ Das war die ganze britische Reaktion auf die unmittelbar drohende Okkupation Österreichs durch die Deutsche Armee, die widerstandslos am 12. März 1938 einmarschieren konnte. Österreich war in der Stunde der Not allein gelassen worden von den Großmächten. Die Ermüchterung in England nach den Illusionen über Nazideutschland folgte noch vor dem „Kampf um England“ in der Luft bei den Bombardements von englischen Städten und vor dem hohen Blutzoll an allen Fronten bis zum Zusammenbruch des Hitlerregimes und dem Kriegsende in Europa im Frühjahr 1945.

Landesverband Kärnten Alpe-Adria-Treffen

Jedes Jahr treffen einander die Widerstandsorganisationen, unabhängig von der Nationalität und Partei aus dem Raume Alpe-Adria, aus Friaul, Julisch-Venetien, Slowenien, Kroatien, Steiermark und Kärnten. Das 11. Treffen fand am 6. Dezember 1986 in Klagenfurt statt. Grußbotschaften richteten der Bürgermeister der Stadt Klagenfurt, Guggenberger, und der Landeshauptmann von Kärnten, Wagner, an die Versammelten. Alle Referate waren auf die Bemühungen ausgerichtet, alle Kräfte für die Wahrung des Friedens, der Freundschaft und der Zusammenarbeit der drei europäischen Staaten, trotz verschiedener Gesellschaftssysteme, einzusetzen. In einer Resolution wurden Forderungen unter anderem zusammengefaßt: Abrüstung – insbesondere nukleare Abrüstung, Verbot aller Atomtests, Verbot aller chemischen Waffen,

Schaffung atomwaffenfreier Zonen im Bereich Mitteleuropa, Balkan und im Bereich Alpe-Adria.

Abschließend appellierten die Delegierten an alle Überzeugten Demokraten des Raumes Alpe-Adria, in Zukunft noch entschiedener für die geforderte Nachbarschaftspolitik einzutreten und somit das meistmögliche beizubringen zu einer glücklichen Zukunft der heutigen und kommenden Generationen.

Das 12. Treffen findet im Jahre 1987 in Zagreb statt mit dem voraussichtlichen Thema: „Die Rolle des Widerstandskämpfers in der Realisierung des Helsinki-Abkommens und ihr Beitrag im Kampf um Frieden und Zusammenarbeit.“

Landesverband Kärnten Hauptversammlung und Wahl

Bei der am 6. Februar 1987 stattgefundenen ordentlichen Hauptversammlung wurden folgende Funktionäre gewählt:

Obmann: Dr. Georg Lexar, Primarius, 9020 Klagenfurt, St.-Primus-Weg 127, 1. Obmannstellv.: Reg.-Rat Ing. Josef Jantz, Klagenfurt, Lexergasse 6, 2. Obmannstellv.: Prof. Dipl.-Ing. Max Wochinz, 9581 Ledentzen 85, Schriftführer: Paula Krumpf, Landesbaumin, Klagenfurt, Mittelalterstraße 23/2, Kassier: WAR I. R. Leopold Gabernig, Klagenfurt, Eckengasse 71/2, Beisitzer: Dr. Herbert Wraßing, Oberarzt, Klagenfurt, Eckengasse 7, Reg.-Rat. Hans Skoriäns, Klagenfurt, Linsengasse 44, Dr. Arthur Trattler, HR I. R., 9500 Spittal/Dr.-Liesersteg-Gasse 5, WAR I. R. Erich Goldarbeiter, Klagenfurt, Viktringering 11, Ehrenobmann: Oberstlt. i. R. Ferdinand Pujanigg, Klagenfurt, Richard-Wagner-Straße 16, Kassenkontrolle: Reg.-Rat Thomas Bürger, Klagenfurt, Friedstraße 30, Obenführer i. R. Hubert Petz, Klagenfurt, Blumengasse 46.

Landesverband Burgenland Landeshauptmann a. D. Lentsch ausgezeichnet

Alllandeshauptmann Prof. Josef Lentsch erhielt den Kulturpreis 1986 des Landes Burgenland für Erwachsenenbildung und Volkskultur. Die Überreichung der hohen Auszeichnung erfolgte am 15. Jänner 1987, feierlich umrahmt, im Eisenstädter Schloß.

Reg.-Rat Lentsch hat sich als Schulmann und Politiker besonders nach dem Zweiten Weltkrieg große Verdien-

ste erworben. Er war nach Karal und Wagner der dritte Landeshauptmann des Burgenlandes, den die ÖVP gestellt hat. Eine schwere Erkrankung hat ihn 1964 im Alter von erst 55 Jahren aus dem politischen Leben gerissen. Neben seinem erfolgreichen Wirken in der Politik stellte er sich auch dem Roten Kreuz und dem Volksbildungswerk zur Verfügung. Als mitreißender Redner hielt er zahlreiche Vorträge. Mit bewundernswürdiger Hingabe sammelte er mehr als 2000 Marienlieder im deutschsprachigen Raum, die er eigenhändig in Text und Melodie aufzeichnete und vom Bruder des Kardinals Sticker in Leder binden ließ. Aus den etwa 30 prachtvollen Bänden wurden viele Lieder vom Eisenstädter Singkreis unter der Leitung von Prof. Wolfgang Lentsch, dem Sohne des Landeshauptmannes, auf Tonband gesungen und kamen in Kassettform heraus. Reg.-Rat Lentsch schrieb auch ein autobiographisches Buch unter dem Titel „Die Orgel weint“. Für seine Volkstumsarbeit erhielt er vor einigen Jahren den Titel Professor und nunmehr den Landeskulturpreis. In der NS-Zeit wurde Josef Lentsch aus dem Schuldienst entlassen. Er ist Inhaber eines Opferausweises.

48. Todestag von Landeshauptmann Sylvester

Am 19. Jänner 1939 starb im KZ Dachau Dipl.-Ing. Hans Sylvester. Er war von 1934 bis 1938 Landeshauptmann des Burgenlandes. Nach wenigen Monaten Lagerhaft ist er den harten Bedingungen und Drangsalen erlegen. Vor einigen Jahren wurde ihm in der burgenländischen Landeshauptstadt ein Denkmal gesetzt.

Am Todestag 1987 gliedten Kammeramtsdirektor Kaipel und eine Abordnung der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten beim Sylvester-Denkmal einen Kranz nieder.

In memoriam Reg.-Rat Franz Havlicek

Der ehemalige Oberamtsrat und Chef des Protokolls beim Amt der Bgld. Landesregierung, Regierungsrat Franz Havlicek, ist am 26. Jänner 1987 in Mattersburg unversehrt im 74. Lebensjahr gestorben. Es war ein schwerer Schicksalsschlag für seine Frau und die Familien der beiden Söhne. Das Begräbnis am 30. Jänner gestaltete sich zu einer großen Kundgebung, ein bereichendes Zeugnis für die Beliebtheit des Verstorbenen. Die Seelenmesse zelebrierte Dechantpfarrer Franz Stocker, ergreifende Einlagen

sang der Kirchenchor unter Leitung von OSR Gesellmann. Nach der Messe ergriffen Insp. Sieber für den Pfarrgemeinderat, OAR Langecker für die Pfadfinder sowie die Spitzenpolitiker des Landes, LH-Stellvertreter Dr. Sauerzopf und Landeshauptmann Kery, das Wort. Sie würdigten als Freunde von Reg.-Rat Havlicek dessen beispielhaftes, grundsatztreues und selbstloses Wirken für Familie, Stadt und Land. Unter den Trauergästen sah man auch Minister a. D. Hofrat Sorocnic, Abgeordnete, hohe Beamte, Vertreter der Stadt Mattersburg und eine starke Abordnung der politisch Verfolgten.

Reg.-Rat Havlicek war Mitglied des Kirchenchores, 30 Jahre Pfarrgemeinderat, viele Jahre Gemeinde- bzw. Stadtrat, Landesdekmester der burgenländischen Pfadfinder... Seine

1934 begonnene Beamtenlaufbahn wurde 1938 durch die freilose Entlassung wegen seiner österreichischen Gesinnung unterbrochen und nach dem Kriegsdienst fortgesetzt. In den letzten Jahren seiner Dienstzeit war er ein altselts geachteter, verantwortungsbewußter und souveräner Chef des Protokolls.

1940 vermählte sich Franz Havlicek mit einer Tochter des ehemaligen christlichsozialen Landtagspräsidenten und Landesrates Michael Koch. Der Ehe entsprossen zwei Söhne.

Der Verstorbene war Träger hoher Auszeichnungen der Pfadfinder, der Stadt Mattersburg, des Landes Burgenland und der Republik Österreich. Er war auch Inhaber eines Opferausweises wegen seiner politischen Maßregelung durch den NS-Staat.



UNSERE TOTEN

Landesverband Burgenland:

Am 26. 1. 1987 starb in Mattersburg Kam. Reg.-Rat Franz HAVLICEK im 74. Lebensjahr.

Landesverband Kärnten:

Folgende Mitglieder des Landesverbandes Kärnten verstarben kürzlich:

wHR I. R. Dr. Bruno KRISTLER aus Klagenfurt im Alter von 84 Jahren.

Ferdinand WERHONIG aus Villach im Alter von 90 Jahren.

Landesverband Niederösterreich:

Akadem. Bildhauer Carl HERMANN aus Grillensten bei Grönd verstarb am 11. November 1986 im 69. Lebensjahr.

R. I. P.

Buchankündigung



„DIE PFLICHT ZUM WIDERSTAND“ – Festschrift Peter Kammanzitter zum 75. Geburtstag – Herausgeber Hubert Hummer/Rainard Karonkin/Birgitte Kapplinger, 250 Seiten, Europaverlag Wien – München – Zürich, 1986.

Diese Publikation des Ludwig Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, Linz, schildert den Lebensweg des Jubilars und bringt Abhandlungen von Historikern über den Schutzbundaufstand und die Ereignisse des Februars 1904 in Oberösterreich, über den Widerstand gegen das NS-Regime im Salzkammergut und besonders ausführlich den Lebensweg von Häftlingen des KZ Mauthausen sowie den Todesmarsch der ungarischen Juden in den letzten Tagen vor dem Zusammenbruch des NS-Terrorregimes.

Der Jubilär ist ein bekannter Sammler von zeitgeschichtlichen Materialien, aus denen er selbst veröffentlicht oder sie für wissen-

schaftliche Aufarbeitungen der Zeitgeschichte gern zur Verfügung stellt. Für seine Leistungen im Rahmen der politischen Bildung wurde er 1979 zum Konsulenten der Oberösterreichischen Landesregierung ernannt und 1980 von Bundespräsidenten mit dem Berufstitel Professor ausgezeichnet. An seinem 75. Geburtstag wurde der Jubilär am 10. Dezember 1986 in Linz im Rahmen einer Feier geehrt und dabei diese Festschrift der Öffentlichkeit übergeben.

Sehr interessant ist die Abhandlung von Hubert HUMMER über die Widerstandsbebewegung im Salzkammergut, über die die vorliegenden Darstellungen noch wenig bekannt geworden sind. Er schreibt hierüber: „Die Entstehung und Tätigkeit der Widerstandsbebewegung im oberen Salzkammergut war möglich, weil eine zwar kleine, aber entschlossene und initiativ Gruppe von Menschen im Rahmen historisch geformter sozialer und regionaler Strukturen, die Widerstandverhalten begünstigten, aktiv wurde und ihre regional spezifisch geprägte lebensgeschichtliche Erfahrung situationsgerecht zur Wirkung brachte.“ Die Rettung der im Salzkammergut von Aufseher eingekerkerten Kunstschätze und die Verhaftung des SS-Führers Ernst Kaltenbrunner werden als Erfolge der Widerstandsbebewegung mit überregionaler Bedeutung dargestellt. In Publikationen darüber oft verschwiegen oder vernachlässigt. Vor allem wird die Rolle von Albrecht Gasewirner entgegen seinen eigenen Darstellungen sehr kritisch untersucht, wobei die vorliegenden Materialien Widersprüche enthalten sollen. Sie finden trotzdem Eingang in Dokumente, unter anderem auch der Amerikaner, „die vor allem von Gasewirner offensichtlich beeindruckt waren“.

Erschütternd sind die Schilderungen im Kapitel „Mühlviertler Hasenjagd“, als zinka 800 Häftlinge fast ausschließlich sowjetische Kriegsgefangene, in der Nacht vom 2. zum 3. Februar 1945 aus dem Todesblock 20 des KZ Mauthausen einen Ausbruch unternahmen und eine Großflucht mit äußerst brutalen Verfolgungshandlungen und Niedermetzungen ausübten. Das Verhalten der Zivilbevölkerung in jenen Tagen zu ergründen, war eines der Hauptanliegen von Kammanzitter. Nur wenige haben Mut und Nächstenliebe gezeigt und den Gefohlenen geholfen. „Die Familien Langthaler, Mascherbauer, Wittberger hatten die Gefohlenen bis zur Befreiung versteckt und versorgt... Oder die Namenlosen, die Kleider und Nahrung gaben, aber auch zum Teil Ostarbeiter (Zwangsverpflichtete aus den Oststaaten),

Jubilare

In diesen Wochen feiern bzw. feierten folgende Kameradinnen und Kameraden „runde Geburtstage“. Die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und die Redaktion des „FREIHEITSKÄMPFERS“ gratulieren herzlichst!

Landesverband Wien:

65 Jahre: Min.-Rat Dr. Dietl Hans (27. 4.)
Gnevkow Rudolf Chr. (19. 3.)

70 Jahre: OSR Prof. Leinkauf Gertrude (8. 3.)
Wilhelm Otto (9. 3.)
wHR Dr. Paul Josef (17. 3.)
Zavarko Elisabeth (22. 3.)

80 Jahre: OAR I. R. Richter Josef (22. 2.)

Landesverband Burgenland:

65 Jahre: Gsettner Ingeborg (1. 4.)
70 Jahre: Neubauer Eduard (21. 3.)

Landesverband Niederösterreich:

60 Jahre: Min.-Rat Dr. Hölzl Walter (20. 3.)

75 Jahre: Huber Johann (9. 3.)
Hauptschuldri. Satzer Franz (16. 3.)
LObm.-Stv. NÖ Sticker Bernhard (25. 3.)

französische Kriegsgefangene haben sich zur Unterstützung eingeschaltet. Dies waren alles menschliche Taten.“ Laut SS-Mitteilungen sind nur 17 oder 19 Häftlinge entkommen.

Das Kapitel „Der Todesmarsch der ungarischen Juden“ schildert das Leid der ungarischen Juden, die vom zwangsweisen Arbeitsinsatz am sogenannten „Südt-Wall“ beim Herannahen der Sowjetarmee in langen Fußmärschen nach dem Westen transportiert wurden und in Mauthausen, Gusen und Ebensee gesammelt werden sollten. Aus Mauthausen gingen am 16., 26. und 28. April 1945 die Transporte von diesen Deportierten in Richtung Gurskirchen ab.

– Dr. Josef Windisch –

An dieser Ausgabe (FK 1/März 1987) haben mitgewirkt: Dr. Franz HAUF, Camilo HEGER, Reg.-Rat Ing. Josef JÄRITZ, August LOVREK, OSR Anton SÄTLER, Ing. Karl SERSCHEN, Hanna TELTSCHER, Mag. Dr. Josef WINDISCH.

Impressum:

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber: Kuratorium der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten; **Redaktion:** Mag. Dr. Josef WINDISCH. **Verlags- und Erscheinungsort:** Wien, **Sitz des Medieninhabers, des Herausgebers, der Redaktion und Verwaltung:** 1080 Wien, Laudongasse 16, Telefon 43 11 44. **Hersteller:** Typographische Anstalt Ges. m. b. H., 1190 Wien, Muthgasse 56.

Offenlegung gemäß Mediengesetz 1982:

§ 25 (2): ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten – Kuratorium, 1080 Wien, Laudongasse 16. Bundesobmann: Bundesrat a. D. Reg.-Rat Eduard PUMPERNIG. Unternehmensgegenstand: Interessenvertretung der Opfer des Nationalsozialismus und ihrer Hinterbliebenen sowie der österreichischen Widerstandskämpfer.

§ 25 (4): „DER FREIHEITSKÄMPFER“ ist ein Organ der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten. Die Blattlinie entspricht den Grundsätzen, die im Statut verankert sind (BM. f. Inn., Zl. 92.642/1-II/5/76).